

Fairer Handel statt Freihandel – Für eine zukunftsfähige Handelspolitik!

Freihandelsabkommen sind Verträge zwischen Ländern, die traditionell den Handel vereinfachen sollen, indem Zölle, Importquoten, Exportbeschränkungen und nationale Normen aufgehoben werden. Die Folge daraus ist eine weltweite Verteilung der Ressourcen und ein steigender Wettbewerb. Laut Befürworter*innen resultiert hieraus bessere Qualität und sinkende Preise für Verbraucher*innen.Doch wirtschaftlich schwächere Länder haben in diesem weltweiten Wettbewerb keine Überlebenschancen. Diese können selten hochtechnologisierte Produkte herstellen, da hierfür die Infrastruktur, Wissen und/oder das Fachpersonal fehlen. Um dieses Gefälle zu verringern, muss ein Technik- und Wissenstransfer zwischen den Ländern stattfinden. Besonders kritisch ist aktuell der hochsubventionierte Agrarbereich reicher Industrienationen. Durch diese staatlichen Zuschüsse können ärmere Länder bei dem Preiskampf nicht mithalten. Die Globalisierung tritt zudem im Kontext der Rohstofflieferungen als Euphemismus für Squeezing auf, sprich Zulieferer werden so lange ausgedrückt bis sie daran kaputt gehen. Daher müssen diese Länder den heimischen Markt in vielen Bereichen durch Zölle schützen um ihn nicht durch importierte Produkte zu zerstören.

Der Wunsch nach einem immer freieren Austausch von Waren und Dienstleistungen führt zudem stets dazu, dass Gesetze und Regularien – wie für Verbraucher*innenschutz, Umweltschutz, Schutz von Arbeiter*innenrechten – und die staatliche Bereitstellung bzw. Subventionierung öffentlicher Dienstleistungen infrage gestellt werden. Sie werden als rein protektionistisch motiviert gebrandmarkt und gelten als unvereinbar mit der Idee des Freihandels.

Die GRÜNE JUGEND Bayern steht den herrschenden Dogmen des Freihandels kritisch gegenüber. Privatisierungen und Wettbewerb müssen begrenzt, stärker reguliert und fair gestaltet werden. Besonders kritisieren wir die fehlende Betrachtung der Langzeit-Umweltfolgen von globalen Warenketten, die in Freihandelsabkommen unberücksichtigt bleiben. Damit einhergehend fordern wir zertifizierte Lieferketten. Als GRÜNE JUGEND Bayern setzen wir uns für eine ökologische und sozial gerecht gestaltete globale Ordnung ein.



Mit fairem Handel in die Zukunft: TTIP, CETA, TiSA ablehnen – EPA bekämpfen!

Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA strikt ab. Begonnen mit streng geheimen Verhandlungsrunden, die nicht mit den Vorstellungen der GRÜNEN JUGEND Bayern von demokratischer Politik vereinbar sind und die einem offenen und transparenten Europa diametral entgegenstehen, über eine undurchsichtige Schiedsgerichtsbarkeit in Streitfragen bis hin zu der gegenseitigen Absenkung von Standards, ob im gesellschaftlich-sozialen, landwirtschaftlichen oder gesundheitlichen Bereich – diese Freihandelsabkommen nutzen am Ende nur einer Gruppe: den großen transnationalen Konzernen, deren Lobbyist*innen zu Hunderten an den geheimen Verhandlungsrunden teilnehmen, während die Bürger*innen erst Millionen von Unterschriften sammeln, zu etlichen Demonstrationen aufrufen müssen, um zu erreichen, dass ein TTIP-Leseraum für Abgeordnete ohne fachliche Unterstützung und Mitschriftmöglichkeiten eingerichtet wird. Eine solche Art, wirtschaftliche Beziehungen auf Kosten des Verbraucherschutzes und der Demokratie intensivieren zu wollen, lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern klar ab und sieht nur eine Konsequenz: TTIP, CETA und Co. gehören umgehend im Papierkorb entsorgt!

Doch die Debatte über TTIP und Co. hat auch eine viel grundsätzlichere Frage wieder aufgegriffen und zu einer neuen Dimension der TTIP-Kritik geführt: Wie wollen wir in Zukunft wirtschaften? Ein ganzes Wirtschaftssystem auf endloses Wachstum in einer eben nicht endlosen Welt auszulegen, hält die GRÜNE JUGEND Bayern für absolut unverantwortlich!

Das gesteigerte Bewusstsein der Menschen für TTIP muss dafür genutzt werden, um in einer Grundsatzdebatte die Ziele einer nachhaltigen, ökologischen, ressourcenschonenden und fairen Wirtschaftsweise besonders hervorzuheben. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, globale Wirtschaftsbeziehungen nur noch unter dem Aspekt eines ökologischen und fairen Handels zu fördern, denn diese Art zu wirtschaften, ist die einzige, die uns tatsächlich einen nachhaltigen Wohlstand einbringen kann. Und zwar einen weltweiten Wohlstand, der Hunger und Armut bekämpft, der damit auch Fluchtursachen bekämpft und der neue Prioritäten setzt: Wohlstand durch Fairness statt Wohlstand durch Wachstum! Doch nicht nur Freihandelsabkommen zwischen Industriestaaten wie zwischen der EU und den USA bei TTIP oder zwischen der EU und Kanada bei CETA sind für die GRÜNE JUGEND Bayern nicht mit einer fortschrittlichen



Wirtschaftsweise vereinbar. Bereits bestehende Freihandelsabkommen zwischen Industriestaaten und Ländern des globalen Südens zeigen, dass unfairer Freihandel, der sich auf unbegrenzte Marktliberalisierung und vollkommenen freien und unregulierten Wettbewerb stützt, nicht nur einem fortschrittlichen Welthandel im Wege steht, sondern die Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und dem Süden sogar noch weiter vergrößert. Das Freihandelsabkommen EPA (European Partnership Agreement) zwischen der EU und den 78 AKP-Staaten, größtenteils ehemaligen Kolonien, ist keinesfalls als Entwicklungshilfe für afrikanische Staaten anzusehen, sondern vielmehr als reine Interessensvertretung der europäischen Wirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent. Zuletzt wurden Staaten wie Kenia durch Strafzölle auf kenianische Produkte auf dem europäischen Markt dazu gezwungen, das EPA-Abkommen zu unterzeichnen und sich nach jahrzehntelanger Weigerung doch den wirtschaftspolitischen Anordnungen aus der EU unterzuordnen. Während vielen Menschen gerade in Deutschland die hochsubventionierten Landwirtschaftsprodukte aus den USA Sorgen bereiten und befürchtet wird, dass durch TTIP eben diese hochsubventionierten Produkte aus den USA den europäischen Markt durch ihre niedrigen Preise schon nach kurzer Zeit beherrschen und die europäischen Landwirt*innen unter Preisdruck bringen könnten, betreibt die EU genau diese Preisdumping-Politik auf dem afrikanischen Markt, indem sie ihre eigenen, subventionierten Landwirtschaftsprodukte durch EPA in den afrikanischen Staaten verankern und durch ein Verbot von Schutzzöllen in sich noch entwickelnden, nicht der EU-Konkurrenz standhaltenden afrikanischen Märkten, gerade die ostafrikanischen Staaten dazu zwingen konnte, ihre eigenen Märkte für europäische Produkte um 83% zu öffnen.

Billigprodukte der europäischen Fleischindustrie haben inzwischen zum Bankrott zahlreicher lokaler Bäuer*innen in Afrika geführt, da sie den Preisen, die durch EU-Konzerne gerade in der Lebensmittelindustrie diktiert werden, nicht standhalten konnten. Das EPA-Abkommen zeigt, dass ein freier und unregulierter weltweiter Wettbewerb nicht zu zunehmendem Wohlstand in allen beteiligten Staaten führt, sondern diejenigen begünstigt, die aufgrund ihrer Vormachtstellung unfaire Regeln aufstellen und durchsetzen konnten, während die wirtschaftlichen Interessen der Partnerländer nicht erfüllt werden konnten. Solche unfairen



Handelsabkommen, die dem weltweiten Wohlstand mehr entgegenstehen als ihn befördern, lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern klar ab.

Den fairen Handel in den Statuten der WTO verankern – für eine neue Wettbewerbsordnung

Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich unfairen Freihandelsabkommen, die Konzernen nutzen und den Menschen schaden, die Industrieländer bevorzugen und Länder des globalen Südens benachteiligen entgegen und fordert zugleich den fairen Welthandel konsequent zur obersten Priorität allen wirtschaftspolitischen Handelns zu erklären. Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen mit dem fairen Handel vereinbar sein und global gedacht und umgesetzt werden! Um den fairen Handel global zu fördern und fest zu verankern, kann die WTO eine Schlüsselrolle übernehmen. Entstanden aus dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) aus dem Jahr 1947 wurde 1994 die Welthandelsorganisation gegründet, der inzwischen 164 Staaten angehören. Solange aber diese Institution in ihren festgelegten Zielen auf den weltweiten Freihandel nach dem Prinzip einer liberalen Außenhandelspolitik durch Deregulierung und Privatisierung hinarbeiten möchte, kann es nicht gelingen, dem fairen Welthandel die notwendige wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Hierfür muss die WTO auf neue Beine gestellt werden und folgende Maßnahmen unternommen werden, um sowohl im staatlichen als auch im privaten Wirtschaftssektor für faire Regeln zu sorgen, die sich die Ziele der Ernährungssouveränität und des Klimaschutzes setzen: Auf staatlicher Ebene muss sich die WTO konsequenter als oberste Institution des Welthandels präsentieren, als multilaterales Abkommen wirken und nicht länger die Entwicklung bilateraler, exklusiver Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA hinnehmen. Diese befördern nämlich einen Flickenteppich von Handelsabkommen anstatt konsequent auf globaler Ebene Regeln für alle Mitglieder der WTO auf den Weg zu bringen, die zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, zur Schließung von Steuerschlupflöchern, zur Beendung von Diskriminierung wirtschaftlich schwächerer Staaten und zu einem weltweiten Wirtschaftskonzept führen, das zu einem Ausgleich zwischen Exporten und Importen der Mitgliedsstaaten führt. Zudem müssen die Schutzinteressen der Länder des globalen Südens anerkannt werden. Die Mehrzahl der Länder des globalen Südens ist rohstoffabhängig. Die Industrieländer sichern sich hingegen durch protektionistische Maßnahmen weiterhin das Monopol, Veredelungswirtschaften betreiben zu



können. Beispielsweise ist der Import von Rohkaffee in die Europäische Union zollfrei möglich, während der Import von Röstkaffee hingegen mit Zöllen belegt wird. Dass durch solche Maßnahmen die höchste Wertschöpfung auf unfaire Weise den Industrieländern vorbehalten wird, steht einer fairen Wohlstandsbeteiligung der Länder des globalen Südens im Weg. Das muss umgehend ein Ende haben! Die Industriestaaten müssen ihre Märkte konsequent für die Produkte der Länder des globalen Südens öffnen und Schutzzölle abschaffen! Im Gegenteil muss die WTO Ländern des globalen Südens ermöglichen, selektiven Protektionismus durchführen zu können, um bestimmte Wirtschaftszweige vor der weltweiten Konkurrenz so lange zu schützen, bis sie in den weltweiten Wettbewerb einsteigen können.

Neben den Maßnahmen, die die Staaten in die Pflicht nehmen, den fairen Welthandel stark zu befördern, müssen auch die Unternehmen von Seiten der WTO soweit an Regeln gebunden werden, da nicht nur wirtschaftspolitische Interessen vieler Staaten, sondern auch Fusionierungen und dadurch immer mächtiger werdende Global Player eine Gefahr für einen fairen Wettbewerb darstellen und durch ihre hohe Finanzkraft und die Möglichkeit der Monopolisierung von Schlüsseltechnologien den Wettbewerb verzerren können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass die WTO das Mandat erhält, eine Internationale Wettbewerbsordnung zu schaffen, die sich an der deutschen Wettbewerbsgesetzgebung orientiert. So muss es ein grundsätzliches Verbot von internationalen Kartellvereinbarungen, eine Aufsicht über weltmarktbeherrschende Unternehmen bzw. über oligopolistische Marktstrukturen und eine internationale präventive Fusionskontrolle zur Verhinderung von Wettbewerbsbeschränkungen geben.

Für ein Europäisches Fairtrade-Siegel

Um auf europäischer Ebene Fairtrade konsequent zu fördern und zur einzig vorhandenen Wirtschaftsweise in den EU-Mitgliedsstaaten zu machen, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Einsetzung einer Parlamentarier*innengruppe des EU Parlamentes. Ziel dieser Gremienarbeit ist es, ein europaweites Fairtrade-Siegel einzurichten, mit welchem alle Produkte ausgezeichnet sein müssen, die in die EU importiert oder aus der EU exportiert werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern versteht unter Fairtrade einen Handel, der nicht nur auf fairen Arbeitsbedingungen, sondern auch auf ökologischen Produktionsprozessen beruht.



Ziel des Fairtrade-Siegels muss es sein, dass sich fortan die europäische Handelspoltik zu den beiden Kernzielen der Ernährungssouveränität und des Klimaschutzes bekennt und diese durch eine Wirtschaftsweise, die durch strenge Auflagen und Richtlinien kontrolliert wird und fair, ökologisch und regional produziert, umsetzt. Dieser Prozess der Ausarbeitung eines glaubwürdigen Siegels muss auf transparente Weise ablaufen, deshalb dürfen neben der EU-Kommission auch die Fraktionen des EU-Parlamentes die Expert*innen bestimmen, die in dem besagten Fachgremium angehört werden sollen.

Drogen legalisieren - den Handel kontrollieren

Drogenhandel gilt als eine der größten illegalen Einnahmequellen weltweit. Unter anderem auch Terrororganisationen schöpfen viel Geld aus dem Handel und Vertrieb von Drogen. Um den Drogenhandel als Einnahmequelle von illegalen Organisationen zu verringern, haben bereits verschiedene Länder u.a. Uruguay und Portugal Cannabis legalisiert. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert bereits seit Jahren die Legalisierung aller Drogen und die Aufklärung über den Konsum und seine Folgen . Dadurch würde illegalen Organisationen die Geldquelle versiegen, da alle Zahlungsflüsse rückverfolgt werden könnten.

Illegalen Erdölhandel bekämpfen Terorismus das Wasser abgraben

Eine weitere große Einnahmequelle für Terrorismusorganisationen ist der Verkauf von Erdöl. Somit ist jeder Liter Erdöl aus terroristischen Händen eine Unterstützung ebendieser. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert eine strikte Ablehnung des Kaufs von Erdöl terroristischer Organisationen. Das beinhaltet auch, dass der Ursprung des Erdöls vor dem Kauf nachverfolgt wird, um ein Umgehen der Maßnahme durch eine*n Zwischenhänder*in vor dem Kauf zu erkennen. Zudem fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, ähnlich wie bei jedem sonstigen Produkt, eine Kennzeichnungspflicht für Herkunft und Produktionsbedingungen des Öls.

Rüstungsexporte, nein danke!

Das Produzieren und Exportieren von Waffen ist in Deutschland ein Wirtschaftszweig, der einen Jahresumsatz von etwa 7,86 Milliarden Euro erzielt. Die 200 Hersteller*innen verteilen sich auf ganz Deutschland, wobei ein Großteil der Unternehmen in Bayern ansässig ist.

Dementsprechend kommen auch vier der sechs größten Rüstungsunternehmen Deutschlands



aus Bayern erzielt und gilt als Waffenschmiede Deutschlands. 70% der produzierten Waffen Deutschlands sind dabei für den Export bestimmt. Diese Waffen wurden allerdings nicht in NATO-Länder sondern zu 90% in sogenannte Drittstaaten, also Länder wie Irak, Kuwait und Katar, geliefert. Die Kritik des Exports an unsichere Drittstaaten bezieht sich unter anderem auf die unsichere Sicherheitslage vor Ort, aber auch die Teils fehlende Einhaltung von Menschenrechten. Besonders kritisch sehen wir diesen Anstieg auch, da Waffen nie einen Konflikt lösen, sondern diesen eher anstacheln. Die bayerischen Entscheidungsträger sind damit mitverantwortlich für die gewaltsame Eskalation von Krisen und Konflikten. Bereits im Jahr 2000 wurde eine Richtlinie erlassen, welche eine restriktivere Rüstungsexportpolitik vorschreibt. So sollten grundsätzlich keine Exporte in Länder gehen, "die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht". Dennoch haben sich die bayernweiten Waffenexporte seit 2014 vervierfacht.

Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich klar gegen die Produktion von Waffen und insbesondere den Export dieser aus. Besonders den Export in in dieser Hinsicht kritische Drittstaaten muss umgehend beendet werden. Unsere Kritik bezieht sich auch darauf, dass die gelieferten Waffen abgefangen oder weiterverkauft werden können. Zudem haben sich die Verbündeten in verschiedenen Ländern in den letzten Jahren immer wieder geändert, was verdeutlicht wie unklar und unsicher die Lage in manchen Ländern ist. In diese Länder darf keinesfalls eine Waffenlieferung erfolgen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert zudem die konsequente Umsetzung von Endverbleibskontrollen. Diese sollten in jedem Vertrag eine zwingender Bestandteil sein, auch wenn wir Rüstungsexporte grundsätzlich ablehnen. Bei Verstößen gegen den Endverbleib sollte dieser auch entsprechend scharf sanktioniert und ein nochmaliger Export ausgeschlossen werden. Auch wenn der Verbleib der Waffen unklar ist, da die Seriennummern unkenntlich gemacht wurden, muss es zu Sanktionierungen kommen nachdem die Schuldfrage geklärt ist. Insgesamt fehlt uns zudem eine Transparenz in dem Bereich. Viele Zahlen werden auch auf Nachfrage nicht veröffentlicht und die Bevölkerung hat kein Mitspracherecht. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert einen transparenteren Umgang mit dem Thema und öffentlich zugängliche Zahlen sowie niederschwelligere Einschreitungsmöglichkeiten. Des Weiteren soll



ein offizielles, öffentlich einsehbares Register der Waffen produzierenden Firmen erstellt werden. Auch benötigt es eine EU-weite Anpassung der Richtlinien zum Verkauf von Schusswaffen, da sich die aktuellen Länderrechte stark unterscheiden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein europaweit einheitliches Gesetz, welches eine strikte Handhabung mit Schusswaffen regelt.

Menschenhandel unterbinden und Schleuserkriminalität reformieren

Schlepperei ist ganz klar vom Menschenhandel zu unterscheiden. Bei der Schlepperei geht es ausschließlich um den illegalen Transport von Menschen über eine Grenze. Hierbei wird bisher nicht zwischen einer freiwilligen, beispielsweise einer Fluchthilfe, und unfreiwilligen Schlepperei unterschieden. Der Grenzübertritt kann von der geschmuggelten Person durchaus gewollt sein. Die GRUNE JUGEND Bayern fordert daher eine rechtliche Regelung, welche auch auf humanitäre Gründe Rücksicht nimmt und klar den Willen der geschleusten Person miteinbezieht. Im Gegensatz zur Schlepperei bedeutet Menschenhandel das Ausbeuten von Menschen gegen deren Willen. Charakterisierend hierfür ist der Vorsatz der Ausbeutung, die Nötigung, der Zwang und die Täuschung. Kein zwingendes Merkmal ist hingegen der (illegale) Transport. Menschenhandel ist kein neues Phänomen, dennoch sind die aktuellen Zahlen erschreckend hoch. Verschiedene Organisationen schätzen die Opferzahlen sehr unterschiedlich ein, auf weltweit bis zu 21 Millionen Menschen pro Jahr (laut ILO, International Labour Organization). Dabei sind diese nachweislichen Opferzahlen von 2010-2013 lediglich 40.000 (laut UN), wobei diese in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind, was unter anderem auf eine gestiegene Sensibilität zurückzuführen ist. Dennoch wird davon ausgegangen, dass Menschenhandel der mit am schnellsten wachsende illegale Industriezweig weltweit ist. Die Ungenauigkeit der Zahlen spiegelt aber auch die hohe Dunkelziffer wieder. Zudem unterscheiden sich die Definitionen von Menschenhandel in verschiedenen Ländern. Die geschätzten Zahlen stammen häufig von NGOs (Nongovernmental Organization), was das mangelnde Wissen der Behörden in diesem Bereich verdeutlicht. Aktuell schätzt der UNODC, die weltweiten Gewinne durch Menschenhandel auf etwa 32 Milliarden US-Dollar im Jahr. Laut ILO (Internationale Arbeitsorganisation) sind die häufigsten Opfer des grausamen Geschäfts Frauen und Kinder. Hier gehen die Schätzungen von 55% bis 80% auseinander. Diese Menschen werden für



verschiedene Zwecke verkauft, als Menschen zur Organentnahme, Heirat, Adoption oder auch als Arbeits- und Sexsklav*innen.

Deutschland ist sowohl Transit- als auch Zielland für den organisierten Menschenhandel

Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt Menschenhandel auf das Schärfste. Menschen dürfen nicht mehr als Humankapital gesehen und ausgebeutet werden. Zudem muss es dafür bessere Anlaufstellen und eine bessere Nachverfolgung geben, um die hohe (Dunkel)ziffer zu senken. Besonders den Opfern muss eine stärkere Hilfe zukommen. Dafür fordert die GRÜNE JUGEND Bayern in allen großen Städten anonyme Anlaufstellen mit Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und rechtlichem Beistand. Entsprechend soll es geschützte Aussteiger*innenhäuser geben. Zudem fehlt es an umfangreichen präventiven Aufklärungskampagnen, welche potentielle Opfer und Betroffene anspricht auf berät. Besonders für Kinder muss an weiteren Schutzmechanismen gearbeitet werden.

In Deutschland fehlen außerdem die Straftatbestände zum Menschenhandel zum Zweck der Organentnahme, erzwungene Betteltätigkeiten und Ausnutzung strafbarer Handlungen. Diese wurden bereits in einer EU-Richtlinge verordnet. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Regierung auf, diese Straftatbestände umgehend in nationale Gesetze zu gießen und umzusetzen.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung am 39. Landesjugendkongress am 29.10.2016.